

Gorbatschow und die deutsche Frage

A. Galkin/A. Tschernjajew (Hrsg.): Michail Gorbatschow und die deutsche Frage. Sammlung von Dokumenten 1986-1991. (russ.) Moskau 2006, 670 S.

Hinsichtlich der allgemeinen Linie der sowjetischen Deutschlandpolitik unter Gorbatschow bietet der Band nicht viel Neues, doch im Detail erhält man anhand mehr oder weniger authentischer Aussagen mancherlei Hintergrundinformationen und gewisse Einblicke in den sporadischen Charakter Gorbatschowscher Entscheidungsprozesse. Um das zu verdeutlichen, muss man die Eigenheiten des Bandes benennen.

Publiziert wird eine Auswahl von 140 verschiedenartigen Dokumenten, Niederschriften von Politbürositzungen der KPdSU und anderen Zusammenkünften auf höchster Ebene, Direktiven, Presseerklärungen, Reden, Notizen über Kontakte und Gespräche mit ausländischen Politikern. Darunter befinden sich mehr als 50 Dokumente, die Politiker der BRD und im Vergleich dazu etwa zehn Dokumente, die Politiker der DDR betreffen. Außerdem gibt es Dokumente über Kontakte mit Politikern aus den USA, so vor allem mit Bush Sn., aus Frankreich (mit Mitterand), aus Italien (mit Andreotti). Die wenigsten der Niederschriften von Gesprächen sind wortgetreue Protokolle, sondern Zusammenfassungen bzw. selektive Fixierungen von Standpunkten, die der Verfasser der Niederschrift, in vielen Fällen Gorbatschows Berater Tschernjajew, für bemerkenswert hielt. Die Zahl der jeweils

nach Jahren gegliederten Dokumente nimmt zu, so sind es für 1986 neun, für 1987 zehn, für 1988 elf, für 1989 35, für 1990 67 und für das Endjahr 1991 acht Dokumente. Dies zeugt ohne Zweifel von der zunehmenden Häufigkeit der Beschäftigung mit der deutschen Frage, dürfte aber auch einen gewissen zufälligen Charakter bei der Auswahl haben. Von einer Vollständigkeit der in sowjetischen Archiven vorhandenen deutschlandpolitischen Dokumente kann deshalb wohl kaum die Rede sein.

Gorbatschow beschäftigte sich mit der deutschen Frage in deren verschiedenen Dimensionen, so mit dem Verhältnis von UdSSR und DDR, dem Verhältnis von UdSSR und BRD, dem Verhältnis von DDR und BRD, dem Dreiecksverhältnis von UdSSR, DDR und BRD, dem Verhältnis von UdSSR und USA, mit der deutschen Vereinigung und deren internationalen Aspekten. Deutlich wird, dass ihm wie seinen Mitstreitern nicht nur ein klares strategisches Konzept für die Deutschlandpolitik in der Endphase der Zweistaatlichkeit und des Vereinigungsprozesses fehlte, sondern dass die damalige sowjetische Außenpolitik dilettantisch, mit einer großen Portion Naivität und Provinzialität betrieben wurde, was einer solchen Großmacht nicht angemessen war. Es fällt auf, dass in Bezug auf die Pläne und Aktivitäten Gorbatschows in der Außenpolitik ebenso wie in seiner Innenpolitik in den meisten Fällen etwas ganz anderes herausgekommen ist, als er beabsichtigte und proklamierte. So bestand er anfangs entschieden darauf, dass das vereinte Deutschland nicht der NATO ange-

hören dürfe. Noch am 12. Februar 1990 vertrat er gegenüber Hans Modrow den Standpunkt, eine Mitgliedschaft des vereinten Deutschlands sei für die UdSSR nicht akzeptabel (362). Seiner Meinung nach sollte Deutschland nach der Vereinigung einen neutralen, entmilitarisierten Status bekommen – eine schon damals völlig unrealistische Position, die er auch Modrow suggerierte. Gorbatschow schloss ebenso nicht aus, dass Deutschland nach der Vereinigung beiden Militärbündnissen gleichermaßen angehören könnte, so in einem Gespräch mit US-Außenminister Baker am 9. Februar 1990 (337). Sie zeugte offenbar von zwei Fehlkalkulationen – von der Annahme, der Warschauer Vertrag würde den Zerfall des sozialistischen Lagers überleben, und von der Hypothese, die UdSSR könnte auf die ablaufenden Prozesse aktiv Einfluss nehmen. So glaubte er noch im Februar 1990, in den beginnenden 4 + 2 Gesprächen, wie sie damals noch bezeichnet wurden, viele das Kräfteverhältnis zugunsten der UdSSR aus. Des Weiteren plädierte er im engen Kreis seiner Führung dafür, für den sowjetischen Einfluss auf die Vorgänge im noch zweigeteilten Deutschland die Kontroversen zwischen CDU und SPD auszunutzen (307).

Anstatt den Gang der Dinge in Deutschland und Europa aktiv beeinflussen zu können, geriet die sowjetische Führung immer tiefer in die Defensive und Konzeptionslosigkeit. Im Gespräch mit dem US-Präsidenten Bush am 31. Mai 1990 in Washington bestand Gorbatschow zunächst auf seiner Forderung, das künftige vereinte Deutschland dürfe der NA-

TO nicht angehören. Doch er ließ sich seine Argumente von Bush im Streitgespräch nach und nach entkräften und stimmte schließlich einer von Bush vorgeschlagenen Formel zu, was allerdings wie eine Farce anmutet. Das Protokoll gibt die „Einigung“ wie folgt wieder: „Bush: Sich für ein Bündnis entscheiden – das ist das Recht eines jeden souveränen Landes. Wenn die Regierung der BRD – ich räume das rein hypothetisch ein – in der NATO nicht bleiben will und sogar vorschlägt, unsere Truppen zurückzuziehen, würden wir diese Entscheidung akzeptieren. Gorbatschow: Das heißt, wir formulieren wie folgt: Die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion sind dafür, dass das vereinte Deutschland, nachdem die endgültige Regulierung erreicht sein wird, mit der den Ergebnissen des zweiten Weltkrieges Rechnung getragen wird, selbst entscheidet, in welchem Bündnis es Mitglied sein will. Bush: Ich würde eine etwas andere Redaktion vorschlagen: Die USA treten eindeutig für die Mitgliedschaft des vereinten Deutschlands in der NATO ein, jedoch werden wir das nicht anfechten, sondern achten, wenn es eine andere Wahl trifft. Gorbatschow: Einverstanden. Ich übernehme Ihre Formulierung.“ (475) Die Zustimmung zur Mitgliedschaft des vereinten Deutschlands bestätigte Gorbatschow zur Überraschung Helmut Kohls und seiner Umgebung sodann im berühmten Treffen in Archys am 16. Juli 1990, wenngleich er einschränkte, dass die NATO-Truppen nicht auf dem Territorium der DDR stationiert werden dürften (511).

Nicht nur aus heutiger Sicht auf die

damalige Entwicklung, sondern schon damals waren die Avancen, die Gorbatschow dem Westen in den Jahren 1990-1991 machte, bar eines jeden Verständnisses für internationale Machtpolitik. Selbst wenn er gezwungen war, internationale machtpolitische Positionen aufzugeben, hätte er begreifen müssen, dass ein sich abzeichnendes machtpolitisches Vakuum sofort von der Gegenseite ausgefüllt wird. Deshalb zeugt es von großer Naivität, wenn er gegenüber Kohl am 16. Juli 1989 folgende Einschätzungen traf: „Jetzt unterscheidet sich der politische Kontext von dem, der vor zwei-drei Monaten existierte. Offenkundig ist die Entwicklung der NATO in Richtung einer Transformation, einer Verstärkung der Betonung auf ein politisches Spektrum der Tätigkeit. In London [gemeint ist die NATO-Ratstagung] ist ein großer Schritt auf dem Wege gegangen worden, die Fesseln der Vergangenheit abzuwerfen. Die Tatsache, dass die Sowjetunion vom Westen jetzt nicht mehr als Gegner betrachtet wird, hat eine große Bedeutung für die Ausarbeitung von Plänen für die Zukunft.“ (499) Inzwischen ist Russland bekanntlich viel stärker und enger von der NATO, die sich keineswegs in eine mehr politische Organisation verwandelt, sondern ihr militärisches Potenzial beträchtlich verstärkt und ausgebaut hat, und von amerikanischen Militärstützpunkten eingekreist, als es die UdSSR jemals war.

Die ausgewählten Dokumente beleuchten nur sehr einseitig die damaligen Vorgänge, indem sie sich lediglich mit den außenpolitischen Aktionen der UdSSR und den – die deutsche Problematik betreffenden – in-

ternationalen Prozessen befassen. Nicht berührt werden die Ursachen und der Verlauf des Niedergangs der sozialistischen Gesellschaftsordnung sowjetischer Prägung. Damit bleiben die Hintergründe im Dunkeln, weshalb die „Supermacht“ Sowjetunion in die Defensive geriet, sich auflöste und den objektiv verlaufenden internationalen Entwicklungen hilflos und passiv gegenüberstand. Nimmt man gewisse Aussagen Gorbatschows in seinen letzten Amtsjahren ernst, so war er noch bis zum Schluss – entgegen späteren heuchlerischen Beurteilungen – überzeugt, er hätte den sowjetischen Sozialismus in reformierter Form und den Zusammenhalt der multinationalen UdSSR retten und erhalten können. Wenn das tatsächlich stimmt, dann gehörte es zur Kurzsichtigkeit der damaligen sowjetischen Führung, nicht begriffen zu haben, dass bei der konkret praktizierten Politik und der mangelnden Einsicht in die objektiv ablaufenden Prozesse der Zusammenbruch der sozialistischen Ordnung und die Auflösung der UdSSR unvermeidlich sein musste. Im Unterschied dazu dürften die USA das rechtzeitig begriffen und gezielt für ihre politische Offensive gegenüber Moskau genutzt haben.

Die DDR war für die UdSSR auch noch unter Gorbatschow – weniger noch als die anderen sozialistischen Länder – kein gleichberechtigtes Bruderland. Ihr gegenüber herrschten machtpolitische und ideologische Dominanz, gepaart mit Misstrauen. Bekanntlich existierte bereits seit den 1970er Jahren unter Breshnew hinter dem Rücken der DDR ein geheimer Verbindungskanal zur BRD, der unter Gorbatschow intensiviert wurde,

während die Beziehungen der DDR zur BRD nicht nur argwöhnisch beobachtet, sondern aktiv hintertrieben wurden, wie das Verbot einer Reise Honeckers in die BRD bestätigte. Bemerkenswert ist als Reaktion auf einen Vorschlag, Honecker ein Protokoll von Gesprächen Gorbatschows mit Kohl zur Verfügung zu stellen, die Empfehlung, dies nicht zu tun, und zwar mit der Begründung, Honecker müsse nicht alles wissen, „besonders was die Atmosphäre der Gespräche betrifft. Honecker könnte für uns völlig unnütze ‚ideologische Schlussfolgerungen‘ (hinsichtlich eines Misstrauens im Sinne von ‚Orthodoxie‘) wie auch pragmatische Schlussfolgerungen (etwa ‚nun kann ich auch mutiger vorgehen‘) ziehen“. (136) Aus Furcht, die sowjetische Führung könnte die Vormundschaft gegenüber der DDR in deren Verhältnis zur BRD verlieren, mahnte Gorbatschow in einer Direktive für die mit der Deutschlandpolitik befassten sowjetischen Politiker am 2. Februar 1987, man dürfe „die BRD nicht Honecker!“ überlassen (31).

Was die Vereinigung Deutschlands selbst anbelangte, so fehlte der sowjetischen Politik unter Gorbatschow – was ohnehin bekannt war, nun durch die Protokolle erneut bestätigt wird – eine realistische Analyse der vor sich gehenden Prozesse, demzufolge auch ein klares strategisches Konzept für Entscheidungen, sodass sie den Entwicklungen hinterherließ und ihre Positionen im Verlaufe der Entwicklung mehrfach änderte, wie schon vermerkt wurde. Dass Gorbatschow das Tempo des auf die deutsche Vereinigung drängenden Prozesses nach dem Fall der Berliner

Mauer falsch einschätzte, kann man ihm nicht anlasten, denn viele der maßgeblichen Politiker in West und Ost haben damals an längere Fristen geglaubt. Im Gespräch mit Egon Krenz äußerte er noch am 1. November 1989, „wie letztlich die deutsche Frage gelöst werden wird, darüber muss man jetzt kaum herumrätseln“ (239). Und gegenüber Genscher betonte er am 5. Dezember 1989, dass „die DDR ein Faktor nicht nur der europäischen, sondern der Weltpolitik“ wäre (276). Für die Zeit, als die europäische Nachkriegsordnung noch stabil war und in Helsinki völkerrechtliche fixiert worden war, galt das ohne Zweifel, doch in der Zeit der Auflösung dieser Ordnung und des unaufhaltsamen Niedergangs des realen Sozialismus hingegen schon nicht mehr.

Angesichts dieser Beteuerungen Gorbatschows muss es verwundern, dass er in Archys im Juni 1990 Kohl gegenüber eigensinnig über das Schicksal der DDR, die immerhin noch ein souveräner Staat, Mitglied der UNO usw. war, entschied, ohne sie überhaupt zu konsultieren oder gar in die Verhandlungen einzubeziehen.

Harald Neubert

Innenansichten aus dem Politbüro

V Politbjuro ZK KPSS... Po zapisjam Anatolija Tschernjajeva, Vadima Medvedeva, Georgija Šachnasarova (1985 – 1991). Moskau 2006, 784 S. (Im Politbüro... Nach Aufzeichnungen Anatolij Tschernjajews, Wadim Medwedjews, Georgij Schachnasarows)

Die in diesem Band zusammengefassten Aufzeichnungen von Politbü-

rositzungen der KPdSU, von ZK-Sitzungen, von Zusammenkünften des Beraterkreises Gorbatschows, von Sitzungen des Obersten Sowjets der UdSSR, des Kongresses der Volksdeputierten, von Treffen und Telefongesprächen Gorbatschows mit dem US-Präsidenten Bush sen. und anderen amerikanischen Politikern sowie von weiteren Aktivitäten Gorbatschows jener Jahre reflektieren den krisenhaften Zustand der sowjetischen Gesellschaft in den 1980er Jahren, die euphorischen Ansätze einer Reformpolitik, die aber zu keiner Erneuerung des Sozialismus führte, sondern dessen Niedergang beschleunigte sowie den Verfall des sowjetischen Sozialismus und den Zerfall der UdSSR.

Wer sich mit den innenpolitischen und wirtschaftlichen Prozessen in der Sowjetunion und der sowjetischen Außenpolitik unter Gorbatschow beschäftigt, erhält viele Informationen darüber, wie die führenden Politiker diese Prozesse beeinflussen und steuern wollten und ihnen letztlich hilflos gegenüberstanden. Die an sich notwendige und anfangs breit unterstützte Perestrojka, um das Land im Allgemeinen und den Sozialismus im Besonderen aus der Krise herauszuführen, hat das Gegenteil bewirkt. So konstatierte Ryshkow im Dezember 1990, bis dahin sowjetischer Ministerpräsident: „Die Perestrojka ist uns nicht gelungen. Zerstört wurde das Wechselverhältnis zwischen der Ideologie, der Politik und der Ökonomie. Die Ursache der Krise – auf dem Gebiet der Ideologie und der Politik, aber nicht in der eigentlichen Wirtschaft. Es trat eine politisch-ideologische Erosion der Perestrojka

ein. Das kam darin zum Ausdruck, dass die Ziele der Perestrojka unterspült wurden. Die alten Strukturen zerbrachen, aber neue wurden nicht geschaffen. Es entstand ein Vakuum. Es gibt weder einen Plan noch einen Markt. Es begannen Angriffe auf die Armee und die Staatssicherheit. Der Niedergang der Kultur führt zur geistigen Leere.“ (632) Und Herausgeber Tschernjajew urteilt in der Einleitung: „Die Perestrojka stellt sich im Buch als größte historische Tragödie dar, eine Tragödie darin, dass das Land, das derart offenkundig und längst einer Umgestaltung der Lebensweise und der Entwicklungsrichtung bedurfte, sich unfähig und kraftlos erwies, mit seiner Vergangenheit ins Reine zu kommen. Sie fand nicht den – unter den inneren und äußeren Umständen – einzig möglichen Ausweg hin zu einem neuen, rettenden Pfad, und sie konnte ihn nicht finden.“ (9)

Die ausgewählten Dokumente können die Historiker allerdings nicht ganz befriedigen. Wie bereits im Buch über die Deutschlandpolitik Gorbatschows¹ handelt es sich um Niederschriften, die keinen offiziellen Charakter trugen und, was ihren Inhalt betrifft, nicht frei sind von subjektivem Ermessen des jeweiligen Autors, in den meisten Fällen Tschernjajews. Ein erheblicher Mangel besteht auch darin, dass in vielen Fällen auf den Zusammenkünften Vorlagen, Berichte, Einschätzungen erörtert wurden, die nicht abgedruckt

¹ A. Galkin/A. Tschernjajew (Hrsg.), Michail Gorbatschow und die deutsche Frage. Sammlung von Dokumenten 1986-1991. (russ.) Moskau 2006.

werden und es somit nicht eindeutig ist, worauf sich bestimmte Bemerkungen der Anwesenden beziehen. Dadurch erfordert die Rekonstruktion und das Verständnis bestimmter angedeuteter Zusammenhänge, dass andere Literatur herangezogen wird. So wird eingangs betont, dass es sich um eine Ergänzung zu dem Buch Gorbatschows „Ponjat' perestrojka“ (Moskau 2006) (dt: Die Perestrojka begreifen) handele. Schließlich beschränken sich die Aufzeichnungen in den Führungsgremien auf die Erörterung vielfältiger Probleme und auf Überlegungen zu deren Lösung, doch erfährt man nicht, ob am Schluss der Debatten Beschlüsse gefasst wurden und wenn ja, welche. Das Fehlen von Entscheidungen verstärkt den Eindruck der Konzeptions- und Hilflosigkeit der Gorbatschowschen Führungsmannschaft, auch wenn gelegentlich unterschiedliche, zum Teil auch gegensätzliche Auffassungen zum Ausdruck gebracht werden.

Das erste Dokument ist die Rede Gorbatschows auf der Plenartagung des ZK am 23. April 1985, in der er die Notwendigkeit der „Beschleunigung der ökonomischen Entwicklung“ als Hauptaufgabe sowie die „Konzeption der Perestrojka des Wirtschaftsmechanismus“ begründete. In einer Beratung über die anstehende Wirtschaftsplanung am 23. August 1985 betonte Gorbatschow, man besitze ein „recht exaktes Programm der sozialökonomischen Entwicklung des Landes und des wissenschaftlich-technischen Fortschritts“, um auf breiter Front die Aufgaben der „Beschleunigung“ der Entwicklung lösen zu können. (21) Und im Politbüro meinte er, die

Sowjetunion trage die Hauptverantwortung und besitze auch die entsprechenden Voraussetzungen, um die sozialistische Wirtschaft voranbringen zu können, während die anderen sozialistischen Länder dazu nicht in der Lage wären. (21) Dieser Optimismus wich in den folgenden Jahren infolge der zunehmenden Krise einem hoffnungslosen Pessimismus. Im Politbüro sprach Sljunkow, stellvertretender Chef der Staatlichen Plankommission, Ende Januar 1990 davon, dass die Menschen keine Perspektive mehr sähen und diese in Wirklichkeit auch nicht vorhanden wäre. Gorbatschow vermochte dem nicht zu widersprechen, im Gegenteil: „Dass die Krisenerscheinungen zunahmen, wussten längst alle [...] Mitte des vergangenen Jahres wussten wir, was zu tun war. Aber jetzt im Januar empfinden alle, dass ein Umschwung nicht sichtbar ist. Wenn wir den strategischen Umbruch der Perestrojka so wie 88 und 89 fortsetzen werden, sind wir zum Untergang verurteilt. Das Volk wird uns wegjagen [...] Zugespitzt steht die Frage: Können wir die ökonomischen Prozesse leiten, auf sie einwirken. In der Presse ist von ‚wirtschaftlicher Ohnmacht‘ die Rede. Die Prozesse gehen an uns vorbei. Mit der wirtschaftlichen Ohnmacht muss man Schluss machen [...]“ (557-561) Am 9. April 1991 sprach Gorbatschow sodann im Föderationsrat davon, dass im Lande die Gefahr des Chaos wachse und nur wenig Zeit bleibe, um es zu verhindern. Vor allem müsse man den Zusammenbruch der Finanzwirtschaft verhindern (658), was offenbar nicht gelang. Und am 30. April stellte sich für ihn überhaupt die

die Frage des „Überlebens der Wirtschaft.“ (660)

Wiederholt befassten sich die Führungsgremien mit dem Verfall der Machtstrukturen und der politisch-ideologischen Grundlage des Staates und der Partei, deren Reformierung eigentlich eine Voraussetzung für eine erfolgreiche Perestrojka war. Zunächst gab es verschiedene Bemühungen, die Partei und ihre Rolle in der Gesellschaft im demokratischen Sinne zu reformieren. Damit hatte sich die XIX. Parteikonferenz beschäftigt, worüber Gorbatschow am 4. Juli 1988 im Politbüro Bilanz zog (385ff.). Daraufhin diktierte er in seinem Urlaubsort auf der Krim am 14. August 1988 Tschernjajew seine Überlegungen zur Reorganisation des Parteiapparates (396ff.). Damit konnte aber nicht verhindert werden, dass die KPdSU ihr Macht- und Ideologiemonopol und somit ihre führende Rolle in der Gesellschaft immer mehr verlor. Es entstanden oppositionelle Bewegungen und Parteien. Als diese Entwicklungen schon nicht mehr zu kontrollieren, geschweige denn zu korrigieren waren, befasste man sich im Politbüro am 22. Januar 1990 mit dem Entwurf einer Plattform für die Partei und in einer Kommission noch am 28. Juni 1991 mit der Ausarbeitung eines neuen Parteiprogramms (544ff. u. 679). Es zeigte sich, dass man sich in den Debatten über den Umgang mit den politisch aktiven oppositionellen Kräften nicht einigen konnte. Einige befürworteten, anderen lehnten politischen Pluralismus ab. Das galt selbst hinsichtlich der innerparteilichen Opposition (Beispiel: Brief Nina Andrejewas, S. 301ff., 319f.,

355ff.). Mit unterschiedlichen Positionen reagierte die Führung auf Massendemonstrationen, die im Februar 1990 in 140 Städten stattgefunden hatten, auf die zentrifugalen Tendenzen der Sowjetrepubliken, auf die Probleme mit dem „Unionsvertrag“ und das Auseinanderbrechen der Union, die Auflösung des RGW usw. In einer Krise befanden sich auch die Beziehungen, vor allem die ökonomischen, zwischen den mit der Sowjetunion eng verbundenen Ländern. Die ständige vormundschaftliche Einmischung der UdSSR in die inneren Belange dieser Länder hatte ebenfalls ein Auseinanderdriften hervorgerufen. Zwar hatte man in Moskau begriffen, dass die anderen sozialistischen Länder Europas ohne die UdSSR keine Perspektive hatten, nicht aber, dass ohne die Stabilität und Existenz dieser anderen Länder auch das Schicksal der UdSSR selbst besiegt war.

Wiederholt spielte die Position Boris Jelzins in den Zusammenkünften eine Rolle, besonders seine Kritik an der Perestrojka und seine Angriffe auf die zentrale Macht, wobei es ebenfalls nicht gelang, eine einheitliche Linie der Führung gegenüber den Ambitionen Jelzins zu finden und durchzusetzen (so z.B. in der Präsidialratssitzung vom 17. Oktober 1990, 617ff.)

Im März 1990 hatten Wahlen für den Kongress der Volksdeputierten stattgefunden. Ihre Ergebnisse zeugten von der inzwischen etablierten politischen Pluralität. Worotnikow, Vorsitzender des Obersten Sowjets, gab am 22. März im Politbüro eine Einschätzung der Ergebnisse: Unter den Gewählten waren fünf Prozent Ar-

beiter, 12,6 Prozent Vertreter der Machtorgane (KGB und Innenministerium) sowie Intellektuelle, fünf Prozent Journalisten, 20 Prozent Mitarbeiter des Parteiapparats und der Sowjets. 86 Prozent aller Gewählten gehörten der KPdSU an. Zwar habe die Opposition, zu der inzwischen auch Funktionäre der KPdSU gehörten, keinen Sieg errungen, doch habe sie 30 Prozent der Mandate gewonnen, in Moskau und Leningrad sogar zwischen 50 und 90 Prozent. Frolow, Chefredakteur der Parteizeitschrift „Kommunist“, bewertete die Ergebnisse als Niederlage der KPdSU, was andere bestritten (580).

Aufschlussreich sind die Akzentverschiebungen in den Bekundungen zum Verhältnis zu den USA und in den Gesprächen Gorbatschows mit Bush sen. Im Politbüro erläuterte Gorbatschow am 3. April 1986, dass beide Staaten ohne den jeweils anderen in der Welt nichts auszurichten vermögen. „Wir können eine solche Politik selbstbewusst nur durchführen, indem wir unser Land, seine Stärke, seine politische Stabilität im Rücken haben. Wir gehen voran, weil wir der Welt realistische Maßnahmen vorschlagen und die Interessen der USA anerkennen, aber nicht deren hegemonistischen Ansprüche. Darin besteht unsere ‚Position der Stärke.‘“ (38) Im Juli 1991 bekundete Gorbatschow im Telefongespräch mit Bush sein vertrauensvolles Verhältnis zu den USA und den Wunsch nach Unterstützung für die Perestrojka. „George! Wir brauchen die Perestrojka [...] Doch wenn wir in der kritischen Etappe der Perestrojka und der Einführung neuer entsprechender Formen die Synchronisierung der

Schritte mit Ihnen, mit Europa spüren, wird das eine gewaltige Bedeutung haben. Nötig sind Dutzende Milliarden und eine Politik des Zusammenwirkens, um ein so großes Land in ein neues System zu überführen.“ Bush entgegnete auf Gorbatschows Frage, wie die USA die UdSSR sehen möchten: „demokratisch, dynamisch, marktwirtschaftlich, integriert in die Weltgemeinschaft“. Dabei verteidigte er de facto die militärische Einkreisung der UdSSR mit amerikanischen Sicherheitsbedürfnissen (694).

Das letzte Dokument im Buch ist die Botschaft Gorbatschows an die sowjetische Bevölkerung vom 25. Dezember 1991 im Fernsehen, in der er seinen Rücktritt begründete und eingestand, dass die Entwicklung anders als beabsichtigt verlaufen wäre (743 ff.).

Die Aufzeichnungen dokumentieren die Erosion der sozialistischen Gesellschaft in der Sowjetunion, den Zerfall der Weltmacht UdSSR und ihres Bündnissystems, das Versagen einer Partei- und Staatsführung, indem sie das Gegenteil ihrer beabsichtigten Ziele auf den Weg brachte, schließlich die Endphase einer geschichtlichen Epoche, die 1917 mit der Oktoberrevolution begonnen hatte. Eine gleichzeitige Analyse der Ursachen dieser Niedergangsprozesse wurde von der Gorbatschowschen Führung nicht vorgenommen.

Sehr nützlich ist im Anhang ein Personenverzeichnis mit wichtigen Angaben zur Biographie und zu den politischen Funktionen der sowjetischen Politiker jener Jahre.

Harald Neubert

Arbeitskämpfe

Michael Kittner, Arbeitskämpfe. Geschichte, Recht, Gegenwart, C.H. Beck, München 2005, XXIV, 784 S., 39,90 Euro

Das vorliegende Werk des langjährigen Justitiars der IG Metall behandelt die Geschichte von Streik und Aussperrung in Deutschland vom frühen 14. Jh. bis in die jüngste Zeit. Einen großen Teil des Raumes nehmen 61 ausführliche Fallschilderungen ein, deren Reihe 1329 beim Gürtlerhandwerk in Breslau beginnt und 2003 in der ostdeutschen Metallindustrie endet. Ein Streik ägyptischer Arbeiter aus dem Jahr 1155 v. Chr. ist im Rahmen eines „Prologs“ vorangestellt, die dazwischen liegende Zeit aber nicht behandelt. Breiten Raum nehmen die Arbeitskämpfe unter den Bedingungen des Zunftsystems ein. 14 Fälle sind hier bearbeitet, davon knapp ein Drittel aus dem 18. Jh. Sie streuen geographisch vom Breisgau bis zur Küste und von der Pfalz bis Schlesien. Der Verfasser kommt zu dem Ergebnis, dass die Gesellenbewegung vor allem in den reichsunmittelbaren Städten konfliktfähig war. Dass sie mit deren Mediatisierung nicht einfach endete, zeigen die nachfolgenden Koalitionsverbote, deren französische und englische Vorbilder ausführlich untersucht werden. Leider beschränken sich die weiteren Kapitel ganz auf Deutschland. Die Ereignisse und Tendenzen in anderen Ländern werden nur beiläufig erwähnt. So nennt Kittner die Pariser Commune ein „blutiges Ereignis, das als hauptstädtisches Intermezzo für die Entwicklung Frankreichs praktisch folgenlos“ geblieben

sei (254). Selbst im Zusammenhang der Debatte um den politischen Massenstreik, deren Hintergrund die russische Revolution von 1905 war, verzichtet der Autor auf einen Blick über die Grenzen.

Mit dem Weberaufstand von 1844 erreicht die Darstellung das vertraute Terrain der deutschen Arbeiterbewegung. Der Konflikt wird unter der Rubrik „Kommunistenfurcht im Vormärz“ behandelt. Nach Seitenhieben auf Karl Marx, Gerhardt Hauptmann und Käthe Kollwitz bemüht sich Kittner um den Nachweis, dass es sich bei dieser „Frührevolutions-Ikone“ um einen aus Zufällen erklärbaren „Arbeitertumult“ gehandelt habe, den die DDR-Geschichtsschreibung unmaßig aufgebauscht habe. Der polemische Ton überrascht zunächst, durchzieht von da an jedoch das ganze Buch, das weit mehr liefert als die rechtsgeschichtliche Würdigung von Streik und Aussperrung. Zwischen Fallschilderungen und tabellarischen Übersichten ist eine Geschichte der deutschen Gewerkschaften geschrieben, die über alle Hindernisse und Katastrophen hinweg dem Leitstern der „Systemimmanenz“ folgt. Alles, was die Arbeiterbewegung an den Kapitalismus bindet, wird begrüßt, und alles, was sie auch nur in Gedanken von ihm entfernt, mit einer negativen Bewertung versehen. Selbst das erzwungene „Unpolitischsein“ halblegaler Organisationen unter dem Sozialistengesetz wird positiv gewertet, die gesteigerte Solidarität der erfolgreich kämpfenden Partei hingegen als bedenklicher „Nährboden“ des Marxismus angesehen. So wundert es schon nicht mehr, wenn Kittner bei der Zusammenfassung

der Entwicklung bis 1914 ausgerechnet August Winnig zitiert, den rechten Flügelmann unter den gewiss nicht linken Gewerkschaftsführern dieser Zeit. Man sei noch immer nicht stark genug und müsse deshalb „den Kampfesdrang der ausgebeuteten und gebüttelten Massen dämpfen“. Ganz im Sinne Winnigs fährt der Autor dann mit eigenen Worten fort: „Die Arbeiter aller kriegführenden Staaten scharten sich unter den Fahnen ihres Vaterlandes, so auch in Deutschland ...“ (381) Winnig, Legien, Umbreit und ihresgleichen unterstützten das kriegführende Kaiserreich so nachhaltig, dass 1916 einer Anerkennung der Gewerkschaften von Seiten des Staates nichts mehr im Wege stand. Das „Arrangement“ zwischen Regierung und Gewerkschaften blieb nicht nur bis Kriegsende bestimmend, sondern weit darüber hinaus. Kittner sieht im daraus geborenen „Etatismus der Gewerkschaften“, ja in ihrer „tragischen Affinität“ zur faschistischen Ideologie der „Volksgemeinschaft“ den vielleicht wichtigsten Grund für die Selbstaufgabe im Frühjahr 1933. (517) Unverständlich bleibt, wie er angesichts dieser Erkenntnis noch an seinen Werturteilen festhalten kann, ist ihm doch offenbar bewusst, dass nicht etwa „vulgärmarxistische“ Vorstellungen von Klassenkampf, sondern die Unterordnung unter imperialistische und faschistische Konzepte den Weg in die Katastrophe gewiesen haben.

In seinem „Epilog“, dem Gegenstück zum Prolog im alten Ägypten, lässt sich Kittner von Heraklit inspirieren. Der Gestaltwandel des Arbeitskampfrechts lässt ihn an dessen Dik-

tum vom Krieg als dem Vater aller Dinge denken. Um den Krieg zu legitimieren, seien die Gewerkschaften ungeachtet ihrer Schwäche 1916 zur „Mitentscheidung“ zugelassen worden, und nur in einem „Frontstaat des Kalten Krieges“ habe es eine derart großzügige Einräumung von Koalitionsfreiheit, Tarifvertragssystem und Arbeitskampfrecht geben können (712). Letztere Epoche sei die beste in der ganzen deutschen Geschichte gewesen „mit großem Anteil für die ganze Bevölkerung“. Vom Ende des Kalten Krieges her datiert die „schwindende Macht der Arbeitsmarktorganisationen“, also auch der Gewerkschaften. Den vorläufigen Tiefpunkt dieser Entwicklung sieht der Verfasser im ostdeutschen Metallarbeiterstreik von 2003, den er ein „beispielloses Ereignis der Arbeitskampfgeschichte“ nennt (693).

Unter dem neuen „ökonomischen Imperativ“ ist selbst ein Ende des Tarifvertragssystems denkbar. Kittner schlägt einen weiten Bogen: Beim Votum der Schwerindustrie für Hitler 1933 sei das Interesse an einem Lohnstopp zwar ein wichtiges Motiv gewesen, viele andere Motive seien aber in „Weimar-typischer“ Weise hinzugekommen: „Richtig spruchreif ist diese Frage erste heute zu Beginn des 21. Jh., wo wir unter politisch ‚normalen‘ Umständen erneut mit der Frage nach der Existenzberechtigung kollektivvertraglicher Institutionen in der wirtschaftlichen Krise konfrontiert sind.“ (504) Nicht nur das Goldene Zeitalter der westdeutschen Arbeitnehmer war ein Ergebnis des Kalten Krieges, auch der Autor scheint dessen Kind zu sein. Sonst hätte er doch vielleicht

einmal die Frage gestellt, welche Kraft es denn war, die zwischen 1945 und 1989 den Imperativ des Kapitals wenigstens einige Jahrzehnte lang in die Schranken gewiesen hat. Der Krieg an sich war es ganz sicher nicht.

Der große Konflikt um Streik und Aussperrung seit den 1970er Jahren, an den man zuerst denkt, wenn man dieses Buch in die Hand nimmt, ist nach Einschätzung Kittners inzwischen zu einer „zunehmend theoretischen Diskussion“ geworden, da es seit 1984 in Deutschland keinen großen Arbeitskampf mit Aussperrung mehr gegeben hat. Das wird nicht immer so bleiben. In dem Maße aber, wie sich das Kräfteverhältnis verschiebt, wird das umfassende Material, das dieses Buch zu den Arbeitskämpfen der Vergangenheit enthält, seinen Wert beweisen, unabhängig von Kommentierungen, die dann auf ihre Weise Dokumente einer überwundenen Zeit sein werden.

Peter Scherer

Kontroversen über China

Großer Widerspruch China, „Das Argument“ 268, 48. Jahrgang, Heft 5/6 2006, 310 Seiten, 22,00 Euro

Wolfgang Fritz Haug und Stefan Schmalz haben als Koordinatoren des vorliegenden Heftes fast ausschließlich Beiträge zur chinesischen Thematik zusammengestellt. Dem interessierten Leser bietet ein internationaler Autorenkreis die Möglichkeit, sich anhand von 25 Beiträgen (neben zwei kritischen Anmerkungen) mit neuen Forschungsergebnisse bzw. Überlegungen über die Entwicklung

im „Lande der Mitte“ bekannt zu machen. Ein weiterer Vorzug dieser Veröffentlichung ist die Vielzahl der behandelten gesellschaftlichen Bereiche und Probleme. Sie reichen von der Ökonomie, über die Sozialstruktur und das Recht, über Arbeits- und Umweltkämpfe, über Platz und Rolle der Frau in der Gesellschaft, über Politik und Ideologie, über Literatur, Rockmusik, den offiziellen und den verbotenen Film, über Impressionen aus Beijing, über amerikanisch-chinesische Beziehungen bis zu theoretischen Fragen des chinesischen Transformationsprozesses. Zwölf Rezensionen zu anderen China-Publikationen vervollständigen die Veröffentlichung. Zusammen genommen ergibt das zwar immer noch kein komplexes Bild über die gesellschaftliche Entwicklung Chinas, eine solche Möglichkeit jedoch, sich über so viele verschiedene Seiten des chinesischen Lebens in einer Veröffentlichung zu informieren, ist nicht allzu häufig. Ich kann das in dieser im Umfang recht begrenzten Rezension nur an einigen ausgewählten Beispielen illustrieren (die nicht genannten Autoren mögen dies entschuldigen).

St. Schmalz (BRD) macht z.B. den Leser mit dem so genannten „Konsens von Peking“ und seinen Besonderheiten bekannt. Dazu gehören die flexible Koordinierungsstrategie der KPCh und das Festhalten am eigenen Weg im Prozess sich vertiefender Weltmarktintegration. H. Cho (Südkorea) weist in einer fundiert recherchierten Analyse nach, dass die USA bestrebt sind, China in die von ihnen dominierte globale Weltwirtschafts-

ordnung zu integrieren.¹ Zwischen beiden Staaten entwickle sich eine Art symbiotische Beziehung, die über die Wirtschaft hinausgehe. Für strittig halte ich allerdings ihre These, dass China konform mit den geopolitischen Interessen der USA handeln würde. Mit großem Interesse habe ich den Beitrag von D. Ramos (Mexiko) über „China in der Hochtechnologie-Konkurrenz“ gelesen, der eine ins Einzelne gehende Untersuchung dieses Bereichs bietet. Der Autor schätzt ein, dass China trotz aller Erfolge kurz- und mittelfristig keine Spitzenstellung im Bereich der zivilen wie militärischen Forschung einnehmen wird. A. Chan (Australien) und J. Harris (Hongkong) berichten aus ihren Untersuchungen vor Ort über konkrete Arbeitsbedingungen, Arbeitervertretungen in Unternehmen und über Kämpfe der Arbeiter um die Wahrung ihrer Rechte. Konkret und umfassend informiert D. Wen (China) über die „ökologische Krise“ und die stark von ausländischen Ideen- und Geldgebern abhängige Umweltbewegung seines Landes. In fünf Beiträgen zur Geschlechterproblematik und der Frauenbewegung im heutigen China erfährt der Leser, dass sich im Unterschied zur früheren Volksrepublik Rolle und Stellung der Frau seit Einführung der Marktwirtschaft deutlich verschlechtert haben und eine Auseinandersetzung zwischen westlicher Dominanz

und chinesischer Selbstbestimmung in diesem Bereich entbrannt ist. T. Heberer und A. Senz (BRD) untersuchen „Chinas neuen Nationalismus“ als „ideologische Leitideologie“, der ihrer Meinung nach das Land zusammenhalte und im Wesen einen „defensiven und reaktiven“ Charakter habe. Einen informativen Einblick gibt T. Hock (BRD) in Bemühungen innerhalb und außerhalb Chinas, einen „modernen Konfuzianismus“ als Leitideologie zu kreieren, die er jedoch nicht imstande sei auszuüben. Neben der Frage, ob die KPCh selbst überhaupt einen solchen Versuch unternimmt, gibt es in diesem Zusammenhang noch einen anderen wichtigen Aspekt, der wert ist, aufgegriffen zu werden: Gibt es in der Lehre des Konfuzius nicht auch Elemente, die die nationale kulturelle Identität der künftigen modernen chinesischen Zivilisation mit prägen können?² W. Cao und H. Liu (China) behandeln mit der Bedeutung der chinesischen Brecht-Rezeption für die Entwicklung des modernen Theaters in der Volksrepublik ein Thema, das hierzulande die Aufmerksamkeit breiterer Kreise finden dürfte. Um ein letztes Beispiel zu nennen: Wer sich für den Wandel der chinesischen Literatur, für die Herausbildung des kommerziellen und „freieren“ Literaturbetriebs in China

¹ Das zeigte jüngst auch der Vortrag von Thomas J. Christensen, Assistant Secretary for East Asian and Pacific Affairs, vor dem Home Committee on Foreign Affairs, dem Subcommittee on Asia, the Pacific and the Global Environment der USA, am 27. März 2007.

² Die nationale kulturelle Identität dürfte künftig auch in anderen sich modernisierenden großen alten Zivilisationen in Asien, Afrika und Lateinamerika eine bedeutende Rolle spielen. Das zeigt sich gegenwärtig z.B. in den Vereinten Arabischen Emiraten, mit der Modernisierung der arabischen Zivilisation auch die eigene kulturelle Identität (Rückbesinnung auf die Nabari-Dichtung u.a.) auszudrücken.

neben dem staatlich-offiziellen Kulturbereich im Gefolge der Marktwirtschaft und der Öffnung nach außen interessiert, findet in dem wissenschaftlichen Beitrag von E. Müller (BRD) viel Lesenswertes.

Ich möchte nun auf einige generelle Aspekte dieser Veröffentlichung aufmerksam machen. Die überwiegende Mehrheit der Autoren nimmt gegenüber der Politik der KPCh und der gegenwärtigen gesellschaftlichen Entwicklung eine einseitig-kritische Haltung ein. Allerdings dürfte das zumindest teilweise auch damit zu tun haben, dass sie mit den negativen gesellschaftlichen Auswirkungen der Reform- und Öffnungspolitik seit den 1990er Jahren und der kritischen Reaktion darauf in China befasst sind. Die sich seit etwa 2004 im Ergebnis innerer Auseinandersetzungen nach und nach vollziehenden Veränderungen in der Gesellschaftspolitik der KPCh bleiben hingegen unerwähnt. Einige Autoren meinen auch, der im Westen verbreiteten Auffassung folgen zu müssen, wonach sich Marxismus und Sozialismus als staatliche Leitideologie verschlissen haben und an ihre Stelle der Nationalismus bzw. Patriotismus gesetzt wurde.

Der Leser erfährt bis auf wenige Ausnahmen, dass sich in China – ob direkt ausgesprochen oder nicht – eine kapitalistische gleich negative Entwicklung vollziehe. Selbst die Aneignung „bürgerlicher Kultur“ (Lenin) scheint sich gegen den Fortschritt in China zu richten. Einige Beiträge ausgenommen mangelt es aus meiner Sicht insgesamt an einem objektiven historisch-gesellschaftlichen Bezugspunkt, von dem aus die Frage Fortschritt oder Rückschritt sachlich kor-

rekt beantwortet werden kann.

Es ist zunächst Haug, der in seinem einleitenden Editorial die Frage nach dem Charakter des chinesischen Transformationsprozesses aufwirft. Um die „eigentümliche Verbindung einer ‚kommunistischen ‚Parteidiktatur‘ mit einem nationalen und einem transnationalen Kapitalismus“ zu analysieren, müsse man seiner Ansicht nach nicht nur die „chinesische Gesellschaftsform“ und Ereignisse wie die „Kulturrevolution“, sondern die ganze marxistische Praxis des 20. Jahrhunderts begreifen (1-2). Er zitiert einen chinesischen Autor, wonach China „einen Weg ohne Vorbild“ gehe. Haug geht dann der Frage nach, ob sich die Umwälzungen in China „noch als Durchgangsstadium auf dem Wege zu den industriegesellschaftlichen Voraussetzungen eines Sozialismus“ begreifen lassen (3). Auch Schmalz kommt zu der Einschätzung, dass der chinesische Entwicklungsprozess „keine allgemeine Einordnung in die klassischen theoretischen Paradigmen“ erlaube (31). O. Negt wendet sich ebenfalls den Widersprüchen dieses „größten Gesellschaftsexperiments der Gegenwart“ (11) zu (an anderer Stelle nennt er es das „gewaltigste Sozialexperiment der Gegenwartsgeschichte“, 27). Er versteht darunter die Modernisierung des Landes auf der Grundlage eines „politisch bedingten Kapitalismus“ (25), die nur durch die „dafür nötigen sozial-kulturellen Lernprozesse zwischen China und den westlichen Gesellschaftsordnungen“ gelingen könne (18). Für Europa und die USA entsteht für ihn sogar eine „politische Herausforderung in neuartiger Perspektive“ – China nach westlich-

kapitalistischen Vorbild „eine sozialstaatliche Verfassung aufzudrängen“ (28). Die Diktion von Negt lässt an Bestrebungen westlich-konservativer Kräfte denken, die im Herbst 2005 einsetzten. Offenbar angesichts von Schlussfolgerungen der KPCh aus Fehlern in der Politik des zurückliegenden Jahrzehnts versuchen sie, unter dem Slogan „chinesische Verantwortung“ erneut Druck auf China auszuüben, um die chinesische Entwicklung in die von ihnen gewünschte Richtung zu drängen.² Bezeichnend ist in diesem Zusammenhang auch die Reaktion ausländischer Multis auf den Entwurf des Gesetzes der VR China über den Arbeitsvertrag. Sie würden, falls dieses Gesetz in der vorliegenden Fassung angenommen werde, ihren Rückzug aus China erwägen.

Die Frage nach dem Charakter des chinesischen Transformationsprozesses lässt sich nur beantworten, wenn wir etwas weiter in die Geschichte des Landes zurückschauen. Historisch gesehen begann dieser Prozess aus vor-kapitalistischen (und z.T. kolonial deformierten) mittelalterlichen Gesellschaftsverhältnissen einer Ackerbau-gesellschaft heraus. Diese Gesellschaft, die mehrere tausend Jahre bestand und einer der großen Weltzivilisationen hervorbrachte, hat ihre Spuren bis in die Gegenwart hinein hinterlassen.³ Objektiver Gegenstand

und Inhalt der Transformation der chinesischen Gesellschaft ist die allseitige und grundlegende – nach offizieller Lesart der KP Chinas – sozialistische Modernisierung der traditionellen chinesischen Zivilisation, verbunden mit dem „friedlichen Aufstieg“ des Landes. Dieser Modernisierungsprozess hat nach chinesischer Lesart zwei Seiten, die letztlich in ihrer Einheit die moderne Zivilisation chinesischer Prägung hervorbringen werden: „geleitet vom Marxismus die besten eigenen nationalen kulturellen Traditionen schöpferisch übernehmen und weiterentwickeln und zugleich die nützlichen Ergebnisse aus der Kultur der Menschheit mutig als Beispiel ansehen und aufnehmen.“⁴ Ohne die Aufnahme „aller zivilisatorischen Ergebnisse, die die menschliche Gesellschaft geschaffen hat“, könne der Sozialismus, so Ministerpräsident Wen Jiabao, nicht seine Überlegenheit über den Kapitalismus erreichen. Bis zu einem ausgeprägten Sozialismus in China bedürfe es noch der Anstrengungen „einiger Generationen, von mehr als zehn Generationen und sogar von einigen Dutzend Generationen.“⁵ Mit anderen Worten: Die

ditionelle chinesische intuitive Denken, die Schrift in Form von Piktogrammen, die traditionellen Medizin, die Bewegungskunst des Taijiquan (Vereinigung der beiden Pole Yin und Yang) und des Fengshui in der Architektur.

² Vgl. Zhang Shengjun, Die „Theorie über die Verantwortung Chinas“ darf ad acta gelegt werden, in: Forum des Volkes v. 16.3.07, nach: Renmin Wang

³ Hinzuweisen wäre hier z.B. auf das Nachwirken von traditionellem Ackerbau, von Ahnenkult und Patriarchat, von Konfuzianismus, auf das im Unterschied zum griechisch-europäischen logischen Denken tra-

⁴ Siehe Zheng Bijian, Die friedliche Entwicklung Chinas und die Renaissance der chinesischen Zivilisation, in: Jiefang Ribao, nach: Renmin Wang v. 16.4.07

⁵ Wen Jiabao, Die historischen Aufgaben im Anfangsstadium des Sozialismus und einige Fragen der Außenpolitik unseres Landes, in: Xinhua She v. 26.2.07, zitiert nach: Renmin Wang v. 26.2.07

Volksrepublik China befindet sich demnach augenscheinlich noch längere Zeit in der Phase einer vornehmlichen Aneignung „bürgerlicher Kultur“. In dieser Phase ist unter den gegebenen Umständen die umfassende Nutzung des modernen Kapitals zur Schaffung der zivilisatorischen Voraussetzungen und Bedingungen des Sozialismus unumgänglich. Ohne Zweifel ist das eine Gratwanderung, eine „besondere Form der Klassenauseinandersetzung“ (Lenin). Grundlegende politische Fehler wie die in der Politik der KPCh unter dem vormaligen Generalsekretär Jiang Zemin könnten die Auseinandersetzung zugunsten des Kapitals entscheiden.

Helmut Peters